

## **Ein Ende der Verhexung? Kurzanalyse zur Menschenrechtslage, der politischen und sozialen Situation im Jahr 2006**

**Das Jahr 2006 brachte die Wiederwahl Uribes, aber auch einen Wahlerfolg für die demokratische Linke. Die Menschenrechtslage in Kolumbien zeigt Veränderungen, aber keine Verbesserungen. Die Demobilisierung der paramilitärischen Verbände wirft viele Fragen auf und die Rechte der Opfer und der Gesellschaft auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung sind keineswegs gewährleistet. Die Verhandlungen mit der ELN-Guerilla ziehen sich schleppend dahin, während mit der FARC ein Annäherung scheiterte und Verhandlungen nicht in Sicht sind. Die soziale Kluft nimmt trotz Höhenflug der Bogotá-Börse zu.**

### **Der Filz kommt ans Licht – ein Ende der Verhexung?**

Ein Rückblick auf das Jahr 2006 zeigt widersprüchliche Ereignisse. Da ist einerseits ein Wahlerfolg der Uribe-Fraktion bei den Senats- und Kongresswahlen, dann ein Wahlsieg von Uribe mit 62% der abgegebenen Stimmen. Damit gelang ihm die direkte Wiederwahl für eine zweite Amtszeit, nachdem er selber eine entsprechende Verfassungsänderung erreicht hatte. Andererseits reihte sich ein Skandal an den anderen: Die Armee gab Attentate in Auftrag, um dann „erfolgreiche Aktionen – sog. falsos positivos“ vorzuweisen; der sogenannte „Friedensprozess mit den Paramilitärs“ hangelte sich von einer Krise zur anderen; das Weiterbestehen der paramilitärischen Strukturen durch das Auftauchen „neuer“ bewaffneter Gruppen wurde immer offensichtlicher; die Verwicklung von Politikern – allesamt der Uribe-Fraktion angehörend – mit dem Paramilitarismus wurde durch Anklagen des Obersten Gerichtshofes zum Medienereignis und die Aussagen des Chefs der Paramilitärs, Salvatore Mancuso, vor Gericht belasteten in schwerster Weise hohe Militärs und staatliche Strukturen. Dazu kamen noch die Urteile des Interamerikanischen Menschenrechtshofes, welcher den Staat Kolumbien aufgrund seiner Mitverantwortung bei Massakern (El Aro und Mapiripán) zu hohen Entschädigungszahlungen verurteilte. Gut zusammengefasst erschien diese widersprüchliche Situation in einer Fotomontage auf der Titelseite des Wochenmagazins SEMANA mit einem in Brüche gegangenen Foto Uribes und dem Titel: „Sprünge im Bild des Präsidenten?“

### **Vom Glanz der Verhexung...**

#### **Wahlsiege von Uribe bei Kongress und Präsidentschaftswahlen**

Das Jahr 2006 stand ganz im Zeichen der Wahlen. Im März wurde der Kongress neugewählt: der Senat mit 102 Sitzen und das Repräsentantenhaus mit 161 Sitzen. Die Uribe-Fraktion erreichte einen überwältigenden Sieg. Über 70% des Kongresses bilden Vertreter der sechs Wahlgruppierungen, die Uribe unterstützen. Im Vorfeld der Kongresswahlen bezichtigten sich einige Politiker gegenseitig in Anwesenheit von Uribe enger Verbindungen mit dem Paramilitarismus. Präsident Uribe sah sich gezwungen, einige Politiker aus seinem Bündnis rauszuwerfen, was diese aber nicht hinderte, auf der Liste einer anderen, ebenfalls Uribe nahestehenden Partei, zu kandidieren. Wenig wahrgenommen wurden im Ausland die Wahlabstinenz und andere Unregelmässigkeiten. Amnesty International machte im Februar 2006 in einem Bericht auf die fehlenden Garantien zur freien Wahlausübung aufmerksam: „Diese Garantien (einer freien Wahlausübung) sind grundlegend sowohl für die Meinungsfreiheit vor, während und nach den Wahlen, wie auch für die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates. Ohne diese Garantien wird die Meinungsäusserungsfreiheit in Kolumbien weiterhin von der militärisch dominanten Kraft in der Region bestimmt, seien dies die Paramilitärs oder die Guerilla.“

Von 100 Wahlberechtigten blieben 60 zu Hause, 3 legten „leer“ ein. Von den verbleibenden aktiv Wählenden wählten 4 falsch. So blieben nur gerade 33 von 100 Wahlberechtigten, welche wirklich eine Liste wählten. Der linke Polo Democrático Alternativo PDA erreichte mit

nicht ganz 10% im Parlament ein gutes Resultat, schnitt aber etwas schlechter ab, als erwartet.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai trat Uribe dank der von ihm erreichten Verfassungsänderung für eine unmittelbare zweite Amtszeit an. Und er gewann im ersten Wahlgang mit 62% der abgegebenen Stimmen. Allerdings entspricht dies nur rund 18% des Wählerpotentials. Die Wahlabstinenz war mit 55% für Präsidentschaftswahlen hoch. Einen historischen Sprung nach vorn machte die Linke. Der Kandidat des Alternativen Demokratischen Pols PDA, der ehemalige Verfassungsrichter Carlos Gaviria, erreichte mit 22% einen historischen Wahlerfolg. Dieses Wahlergebnis spiegelt die Zerrissenheit des Landes zwischen zwei völlig unterschiedlichen Gesellschafts-, Entwicklungs- und Wirtschaftsmodellen. Uribe steht für die Kontinuität der immergleichen politischen Eliten und ihrem gesellschaftlich autoritären und klientelistischen Modell und der gewaltsamen Durchsetzung ihres neoliberalen Wirtschaftsmodells, welches auf den schonungslosen Raubbau mit kurzfristigen Gewinnen setzt und zu einer breiten Verelendung führt. Besonders sichtbar wird dies durch das Vorantreiben des bilateralen Freihandelsabkommens TLC mit den USA und der Privatisierungspolitik. Carlos Gaviria vom Polo steht demgegenüber für eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes, der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, einen zivilisierten Dialog mit den politischen Kontrahenten, für sozialen Ausgleich, für ein nachhaltiges Entwicklungsmodell zugunsten der gesamten Bevölkerung des Landes und vor allem der Armen, für Friedensverhandlungen und eine politische Lösung mit der Guerilla. Mit dem Polo ist in Kolumbien eine neue, demokratische Linke entstanden, die ihre Politik nicht über den bewaffneten Kampf definiert. Im Kongress hat der Polo wichtige Debatten lanciert, so jene über die Verantwortung des Staates für die Entwicklung des Paramilitarismus. Die Folge: Die Drohungen gegen den Polo nahmen zu. Bereits sind mehrere Politiker des PDA ermordet worden. Droht dem PDA das gleiche Schicksal wie der Unión Patriótica UP, welche physisch liquidiert wurde? Welche Garantien hat der Polo bei den Kommunalwahlen im Herbst 2007?

### **...zu den Abgründen verschiedener Skandale**

#### **Der Para-Politik Skandal**

Im März 2006 wurde der Computer eines Untergebenen des paramilitärischen Chefs der Atlantikküste, Rodrigo Tovar Pupo, besser bekannt unter *Jorge 40*, beschlagnahmt. Im PC wurde u.a. eine detaillierte Liste über 558 von den Paramilitärs allein im Dep. Atlantico ausgeführten Morde und Hinweise auf die enge Verbindung von namentlich aufgeführten regionalen Politikern und Kongressabgeordneten mit den Paramilitärs gefunden, worüber die Zeitung *El Tiempo* am 8. Oktober ausführlich berichtete. Zehn Tage später fand auf Verlangen des Polo eine Kongressdebatte über die Verwicklung von Politikern mit dem Paramilitarismus statt. Seither jagen sich die Enthüllungen und das Oberste Gericht hat gegen neun Kongressabgeordnete Strafuntersuchungen wegen ihrer Verbindungen zum Paramilitarismus aufgenommen. Weitere Prozesse laufen gegen den ehemaligen Direktor des direkt dem Präsidenten unterstellten Sicherheitsdienstes DAS, Jorge Noguera. Er soll u.a. Listen mit Personen an die Paramilitärs weiter geleitet haben, die nachher von diesen ermordet wurden. Die Enthüllungen zeigten mit aller Deutlichkeit, wie Politiker, Unternehmer und Grundbesitzer mit dem Paramilitarismus zusammenarbeiteten und es diesem gelungen war, eine praktisch absolute militärische, wirtschaftliche, soziale und politische Kontrolle über weite Regionen zu erreichen und sich u.a. auch über öffentliche Finanzen – Spitäler, Universitäten, Krankenkassen, Infrastrukturbauten – zu finanzieren.

Inzwischen wurde bekannt, dass im Jahr 2001 ein Geheimpakt zwischen den AUC und 32 Politikern, darunter elf Kongressabgeordneten, zwei Gouverneuren und fünf Bürgermeistern in Ralito unterzeichnet wurde, in dem u.a. eine „Neugründung des Landes und die Unterzeichnung eines neuen Sozialpaktes“ vereinbart wurde. Das Ziel dieses Geheimpaktes, der Einzug der Paramilitärs in die Politik, wurde erreicht: Mancuso verkündete nach den Parlamentswahlen von 2002, dass sie mehr als 30% „Freunde“ im Parlament hätten.

### **Eine offensichtlich gescheiterte Demobilisierung**

Laut dem Friedensbeauftragten des Präsidenten haben sich 31'687 Paramilitärs kollektiv und weitere 3'443 individuell demobilisiert und ihre Waffen abgegeben. Allerdings hat nur rund jeder zweite eine Waffe abgegeben. Seit Beginn des von den AUC erklärten „Waffenstillstandes“ am 1. Dezember 2002 bis Ende 2006 sind die AUC – trotz Demobilisierung – für über 3'000 Morde und Verschwindenlassen verantwortlich. Zudem sind aus den alten paramilitärischen Strukturen neue bewaffnete Gruppen entstanden, die sich „Neue Generation der AUC“ nennen. Die Ombudsstelle hat in einem Bericht 21 neue Gruppen ausgemacht, die über das ganze Land verteilt sind. Inzwischen hat selbst Präsident Uribe die Wiederbewaffnung einer „Neuen Generation“ von Paramilitärs in Reden erwähnt. Diese haben wiederholt soziale, gewerkschaftliche und oppositionelle Führungspersonen und MenschenrechtsaktivistInnen bedroht, wobei sie sich regelmässig auf die Verteidigung der Politik der demokratischen Sicherheit von Uribe und sein Ziel eines komunitären Staates und den Kampf gegen den Kommunismus berufen. Auch Vertreter der Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten OAS, welche die Demobilisierung der Paramilitärs begleiten soll, sprechen von einer Wiederbewaffnung zahlreicher Gruppen unter der Führung von ehemaligen Kommandanten des mittleren Kaderns der AUC.

### **Die Intransparenz und Inkonsistenz des „Friedensprozess“ mit den Paras treten ans Licht...**

Am 18. Mai 06 äusserte sich das Verfassungsgericht zum Gesetz Gerechtigkeit und Frieden, welches die Demobilisierung von illegalen bewaffneten Gruppen rechtlich regeln soll. Es erklärte mehrere Punkte des Gesetzes als verfassungswidrig und unvereinbar mit internationalen Standards. So ordnete es u.a. an, dass nur in den Genuss einer Strafmilderung kommen kann, wer die ganze Wahrheit sagt und alle Delikte offen legt. Zudem wird für die Entschädigung der Opfer auf die gesamten und nicht nur auf illegal erworbene Güter und Vermögen zurück gegriffen, und das Strafmass kann nicht weniger als fünf Jahre betragen. Der politische Status der Delikte wurde aberkannt. Die Bestimmungen des Verfassungsgerichtes wurden von den Menschenrechtsorganisationen begrüsst, von der Regierung aber vehement bekämpft. Der Friedensprozess zwischen Regierung und Paramilitärs geriet durch das Urteil in eine schwere Krise. Es war klar, dass die Regierung gegenüber den Paramilitärs Verpflichtungen eingegangen war, die jetzt in Frage gestellt waren. Vicente Castaño bezichtigte denn auch die Regierung in einem offenen Brief des Wortbruchs. Die Regierung sah sich zum Handeln gezwungen: Sie „überführte“ die in Ralito versammelten Chefs der Paramilitärs am 14. August in das Feriencenter La Ceja. Einigen, unter ihnen einem der obersten Chefs der AUC, Vicente Castaño, gelang es sich der Überführung zu entziehen. Sie sind bis heute flüchtig.

Am 1. Dezember erfolgte die Verlegung von La Ceja in das Hochsicherheitsgefängnis in Itagüí. Damit versuchte Uribe einem offensichtlichen Scheitern vorzubeugen. So hatte er die Führung der AUC an einem Ort versammelt. Die Drohung der Auslieferung in die USA – gegen 15 Führungsleute der AUC besteht ein Auslieferungsantrag der USA – bekam damit ein anderes Gewicht. Den AUC – Chefs geht es vor allem um drei Dinge: Keine Auslieferung an die USA, möglichst geringe Entschädigungen (d.h. die illegal und gewaltsam erworbenen Güter legalisieren) und möglichst kurze Inhaftierungszeit. So haben nach offiziellen Angaben die Paramilitärs bis zum 30. Mai 2006 insgesamt 25'601 Ha Land abgegeben, wobei sich nach Schätzungen verschiedener offizieller Stellen zwischen 2,6 und 6,8 Mio. Hektar Land in den Händen von Paramilitärs, Drogenhändlern und Guerillas befinden. Die gewaltsam vertriebenen Bauernfamilien haben schätzungsweise 4 Mio. Hektar Land zurück gelassen. Weitere Familien wurden gewaltsam zum Verkauf ihres Landes gezwungen.

Damit trat eine für die Regierung schwer kontrollierbare Situation ein: Die Paramilitärs hatten den Poker in der Hand, vor Gericht ihre Verbindungen zu Politikern, Unternehmern, Grossgrundbesitzern und die Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitsdiensten offen zu legen, wozu sie durch die Verschärfung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden auch ver-

pflichtet sind, wollen sie nicht ihre Strafmilderung aufs Spiel setzen. Die Regierung ihrerseits konnte die Drohung der Auslieferung an die USA in die Waagschale werfen.

Wie dieser Machtpoker weiter gehen wird, ist noch völlig offen. Klar ist, dass die Nervosität auf beiden Seiten wächst. Mancuso hat nach anfänglichem Schweigen zu reden begonnen: Er gestand bisher 336 Morde und hat u.a. den geheimen Pakt von Ralito von 2001 und gemeinsam mit der Armee geplante Massaker zugegeben. Pikant dabei: Er beschuldigte nur hohe Offiziere, die bereits tot sind.

Die bisher bekannten Geständnisse sind noch nicht einmal die Spitze des Eisbergs. Und sie dürfen auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die immense Mehrheit der Paramilitärs völlig straffrei ausgeht und deren Verbrechen nie erfasst und ans Licht kommen werden. Denn nur 2180 sind dem Gesetz Gerechtigkeit und Frieden unterworfen, die restlichen 29'501 demobilisierten Paramilitärs fallen unter das Dekret 128 von 2003 und gehen straffrei aus.

### **Korruption und falsche Erfolgsmeldungen der Armee**

Trotz der rund 5 Mrd. US-Dollar, welche seit dem Jahr 2000 in die Aufstockung, Ausrüstung und Ausbildung der Armee flossen und Uribe bei seinem Amtsantritt im Jahr 2002 die Niederwerfung der FARC innert vier Jahren verkündet hatte, machte die Armee im Jahr 2006 durch falsche Erfolgsmeldungen und Korruption negative Schlagzeilen. Mitverantwortlich dafür ist der enorme Druck der Regierung Uribe auf die Armee, „positive Resultate“ vorzuweisen. „Die Konsequenz: Die Tendenz möglichst viele Getötete ohne grosses eigenes – am besten ohne jegliches - Risiko vorzuweisen. Das Resultat: Wehrlose Zivilisten, die als Tote von Gefechten ausgegeben werden, die nie stattfanden“, schrieb der ehemalige Militärberater Alfredo Rangel in der Zeitschrift Cambio. Hier einige Beispiele:

- Am 22. Mai wurden 10 Offiziere der Antidrogeneinheit und ein ziviler Informant von einer Armeeeinheit bei Jamundí im Dep. Valle del Cauca regelrecht exekutiert. Was zuerst als ein fatales Versehen hingestellt wurde, entpuppte sich schnell als Auftragsmord im Dienste eines regionalen Drogenhändlers.
- Vier Unteroffiziere und 13 Soldaten wurden verhaftet, nachdem sie innerhalb von 15 Monaten 30 Bauern im Dep. Antioquia ermordet und als bei Gefechten getötete Guerrilleros ausgegeben hatten, um so ihre „Erfolgsquote“ – in der militärischen Sprache „Positivos“ – zu erhöhen.
- Vier Armeeeoffiziere waren in die Explosion einer Autobombe am 31. Juli in Bogotá, bei der ein Zivilist getötet und 15 Soldaten verletzt wurden, und die Entschärfung von mehreren Sprengsätzen verwickelt, welche als Attentate der FARC zur Destabilisierung vor der zweiten Amtszeit von Uribe dargestellt wurden. Ermittlungen haben ergeben, dass sie von der Armee selber inszeniert worden waren.

### **Kein humanitärer Austausch von Gefangenen und Entführten zwischen Regierung und FARC, schleppende Verhandlungen mit dem ELN**

In seiner Antrittsrede zur zweiten Amtszeit liess Uribe ein Fenster für mögliche Verhandlungen mit der FARC offen. Danach kam es zu teils fieberhaften Bemühungen um einen humanitären Austausch u.a. unter Vermittlung der Schweiz, Spaniens und Frankreichs. Eine Autobombe, welche am 19. Oktober auf dem Gelände der Militärakademie im Norden Bogotas explodierte, machte mit einem Schlag allen Optimismus zunichte. Wer das Attentat tatsächlich zu verantworten hat, blieb ungeklärt. Doch für Uribe war dies Anlass genug, der FARC den „Krieg bis zum Ende“ anzukündigen und jegliche Annäherungen und Vermittlungsversuche abzubrechen und zu verbieten.

Demgegenüber gingen die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem ELN schleppend weiter. Es kam zu Treffen in Kuba und zu weiteren, vorsichtigen Annäherungen, jedoch zu keinem entscheidenden Durchbruch.

## **Kolumbien – ein Vorposten der USA im Kampf gegen politische Emanzipationsversuche**

Nach dem Wahlsieg von Correa in Ecuador ist Kolumbien von Regierungen umgeben, die teils in offener Ablehnung zu den USA stehen und eine emanzipatorische Politik verfolgen wollen. Die bedingungslose Loyalität von Uribe mit der US-Politik und die geplante Neuaufnahme des Ende 2006 ausgelaufenen Plan Colombia macht Kolumbien zu einer vorgeschobenen Militärbasis der USA. Dazu trägt die geostrategische Lage Kolumbiens bei, welche die Kontrolle der Zugänge zum Anden-, Amazonas- und Orinocogebiet, wie auch zu Zentralamerika, dem Pazifik und der Karibik ermöglicht. Die Spannungen in den Grenzgebieten – insbesondere zu Ecuador – haben erheblich zugenommen. Ecuador hat am Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen der Auswirkungen der Drogensprühflüge im Grenzgebiet Klage gegen Kolumbien eingereicht.

Der Plan Colombia hatte zum Ziel, die Anbaufläche von Koka und damit die Produktion von Kokain entscheidend zu senken und so u.a. auch der Guerilla eine Finanzierungsquelle zu entziehen. Doch der Plan ist auf allen Ebenen gescheitert. Trotz der Auslieferung von mehr als 300 kolumbianischer Drogenhändler an die USA und der Besprühung von fast 140'000 Hektaren und der manuellen Ausrottung weiterer 31'000 Hektaren Koka allein im Jahr 2005 hat die Anbaufläche im gleichen Jahr um 30'000 Hektar zugenommen. Sie beträgt mit 144'000 Hektaren mehr als zu Beginn des Plan Colombia im Jahr 2000! Der Anbau hat sich von 11 Departements auf 23 ausgeweitet. Die Hektarerträge sind massiv gestiegen, was allein in Kolumbien eine Jahresproduktion von über 1000 Tonnen Kokain zulässt. Dies zeigt sich auch im beeindruckenden Preissturz von Kokain auf rund die Hälfte des Preises – was die soziale Krise in den Anbaugebieten entschieden verschärft hat.

### **Systematische Verletzung der Menschenrechte**

Entgegen den Darstellungen der Regierung werden die Menschenrechte in Kolumbien nach wie vor systematisch, massiv und schwerwiegend verletzt. Zudem gibt es begründete Kritik an den von der Regierung präsentierten Zahlen, so u.a. auch von der UNO: „Es sind keine Fortschritte zur Erarbeitung einer staatlichen Statistik erzielt worden, welche die Menschenrechtsverletzungen und die Verstöße gegen das Humanitäre Völkerrecht adäquat erfassen.(...) Das Observatorium der Vizepräsidentschaft schliesst weder extralegale Hinrichtungen noch willkürliche Verhaftungen und auch gewisse Verstöße gegen das Humanitäre Völkerrecht nicht mit ein.“ (Bericht der UNO-Menschenrechtshochkommissarin, 20. Jan. 2006). Auch die Menschenrechtsorganisationen haben zu vielen Regionen und insbesondere Konfliktgebieten kaum Zugang. So muss davon ausgegangen werden, dass viele Menschenrechtsverletzungen in weiten Gebieten des Landes gar nicht angeklagt und erfasst werden. Bei den folgenden Angaben halten wir uns an die Zahlen der Kolumbianischen Juristenkommission, welche sie in einer Bilanz über die vier Jahre Regierungszeit Uribe im September 2006 veröffentlicht hat. Die Zahlen beziehen sich also auf den Zeitraum vom 7. August 2002 bis zum 7. August 2006.

Es wurden 11'292 Personen aus politischen Gründen ermordet oder zum Verschwinden gebracht und weitere 8'810 Personen verloren im Rahmen von Gefechten ihr Leben. Das heisst, dass täglich 14 Menschen aus sozio-politischen Gründen ermordet wurden. Bei den Morden, bei denen die Täterschaft eruiert werden konnte, zeigt sich folgendes Bild: 75,15% fallen in die Verantwortung des Staates, für 14,17% war die Armee direkt verantwortlich und bei 60,98% aufgrund ihrer Toleranz oder Zusammenarbeit mit paramilitärischen Gruppen. Die Guerilla wird für 24,83% der Morde verantwortlich gemacht. Auffallend an diesen Zahlen ist die Zunahme der direkten Verantwortlichkeit der Armee für extralegale Hinrichtungen und Morde. Trotz des seit 1. Dez. 2002 geltenden „Waffenstillstandes“ verübten die paramilitärischen Gruppen in diesen vier Jahren 3180 Morde. Dies ohne Auswirkungen auf den Verhandlungsprozess. Der Friedensbeauftragte des Präsidenten meinte dazu ohne rot zu werden: „Der Waffenstillstand war ein Metapher, die mit grosser Flexibilität gehandhabt werden musste.“

In den vier Jahren wurden 52 MenschenrechtsverteidigerInnen und 271 GewerkschaftlerInnen ermordet oder zum Verschwinden gebracht.

Alle bewaffneten Akteure – die staatlichen Sicherheitsdienste miteingeschlossen – haben in schwerster Weise gegen das Humanitäre Völkerrecht verstossen, was zum Tod von mindestens 1741 Menschen geführt hat. Durch den Einsatz von Minen verloren in den vier Jahren 4'103 Personen ihr Leben. Damit hält Kolumbien vor Kambodscha und Afghanistan den traurigen ersten Platz an Minenopfern.

Mindestens 6'912 Personen wurden in den vier Jahren der ersten Amtszeit von Uribe willkürliche festgenommen. Mehrere willkürlich Inhaftierte wurden nach ihrer Freilassung ermordet. Auch die Entführungen gehen weiter. Jährlich wurden durchschnittlich 1'550 Personen entführt. Für gut die Hälfte der Entführungen wird die Guerilla verantwortlich gemacht. Nach Angaben von Pais Libre befinden sich seit 1996 bis heute mindestens 5'461 Personen in Geiselschaft.

Über eine Million Menschen wurden in den vier Jahren der Regierung Uribe gewaltsam vertrieben. Damit sind insgesamt 3,8 Mio. Menschen in den letzten 20 Jahren zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden.

### **Reichtumskonzentration und Armut**

Nach Angaben sozialer Organisationen leben 64% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. 10% der ärmsten Haushalte verfügen über 1,4% des nationalen Einkommens, während die 10% der reichsten über 39,7% verfügen.

Nach Angaben des geografischen Instituts Codazzi teilen 15'273 Landeigentümer unter sich 61,2% des landwirtschaftlichen nutzbaren Landes, das sind über 47 Mio. Hektaren. 97% der Landbesitzer, rund 3,5 Mio. Menschen, verfügen über 24% des bebaubaren Landes oder 18,6 Mio. Hektar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Kluft zwischen Reich und Arm zunimmt und sich dies in allen sozialen Bereichen zeigt: Zugang zu Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Bildung und Ernährung. Dass in einem Land mit derart reichen Böden nach Angaben der FAO 6,3 Mio. KolumbianerInnen an Hunger leiden, ist schlichtweg skandalös.